

Normativ-theoretische Dimensionen der Demokratie in Geschichte und Gegenwart



Das Konzept der demokratischen Antinomien

Der Demokratie wird oft nachgesagt, eine normativ kontingente, inkonsistente und inkohärente Idee zu sein, die deswegen ihre idealistischen Versprechungen nicht zu halten vermag. Ein systematisierender, synoptischer Blick in die komplexe Ideen- und Begriffsgeschichte der ‚Volksherrschaft‘ zeigt jedoch, dass unter diesem Konzept zwar durchaus widersprüchliche Prinzipien subsumiert werden, diese jedoch zugleich einen intersubjektiven Diskursrahmen aufspannen, in dessen Konturen sich die normativen Streitfragen und politischen Auseinandersetzungen der Demokratie auf authentische Weise austragen lassen. Der vorliegende Beitrag will diesbezüglich demonstrieren, wie aus jenen demokratischen ‚Antinomien‘ keine epistemische Orientierungslosigkeit, sondern eine spezifische Normativität erwächst, die der Demokratie ihre eigentliche Charakteristik verleiht.



Oliver Hidalgo

1. Einführende Überlegungen

Die komplexe Frage nach der „epistemischen Dimension“ der Demokratie (Habermas 2008), deren Beantwortung einer normativen Bewertung der Volksherrschaft vorausgeht, stellt sich nicht erst in der digitalen Ära, dem Zeitalter des Internet und den zeitgenössischen Debatten über ‚fake news‘ oder ‚alternative Fakten‘. Schon zuvor haben postmoderne, poststrukturalistische und postkoloniale Ansätze das Vertrauen in normative Maßstäbe grundsätzlich erschüttert und die oftmals dahinterstehenden Machtstrategien und Begriffspolitiken freigelegt. Diese Entwicklung hat die Demokratie selbst zwar normativ betrachtet nicht vollständig entkleidet, weshalb sie in den politiktheoretischen Überlegungen bei AutorInnen wie Jacques Derrida, Jean-François Lyotard, Gayatri Spi-

vak oder Stuart Hall unverändert eine Schlüsselrolle einnimmt. Allerdings zeichnen sich die einschlägigen Demokratieansätze durch die sorgsame Vermeidung von Definitionen und den Respekt vor der generellen Offenheit, Vorläufigkeit und Unvollkommenheit aller demokratischen Praxen aus, egal, ob die Volksherrschaft in diesem Zusammenhang als ‚démocratie à venir‘ (Derrida), Politik des Widerstreits (Lyotard), als „Pharmakon“ (Spivak) oder als „unvollendeter Prozess“ (Hall) tituliert wird. Gemeinsam ist solchen Auffassungen, dass sie sich sensibel dafür zeigen, wie stark sich die Idee der Demokratie gegen jede ethisch-normative Vorentscheidung sträubt, deren Zustandekommen demokratietheoretisch stets zweifelhaft bleiben muss. Die (moderne) Demokratie als ein soziales und

politisches ‚System‘, das auf der diskursiven Aushandlung kollektiv verbindlicher Normen auf Basis veränderlicher Mehrheiten, Interessensvielfalt und Meinungsppluralismus beruht, das von der Vorstellung eines freien politischen Gestaltungsraums konstituiert wird und dessen Dynamik eine kontinuierliche Revidierbarkeit des demokratisch entstandenen Normengefüges verlangt, sperrt sich offensichtlich gegen die Annahme, von ‚außen‘ mithilfe von ethischen Regeln und Festlegungen steuerbar bzw. ‚qualifizierbar‘ zu sein.

Im Umkehrschluss bewirkt jene programmatische und prototypische Lösung der Demokratie von vorgegebenen, universalen Normen allerdings das (unlösbare) Problem ihrer „Autoimmunität“ (Derrida 2006, S. 54 ff.): Weil